

# Dilettantismus oder Komplizenschaft?

## Politiker als Vasallen der „Finanzindustrie“?

Günther Moewes



© Martin Bangemann

*Was uns als „Eurokrise“, „Finanzkrise“ oder „Schuldenkrise“ präsentiert wird, ist in Wirklichkeit eine „Verteilungskrise“. Auslöser sind in erster Linie die immer gewaltigeren privaten Geldvermögensüberschüsse von einem Prozent der Weltbevölkerung. Diese „Refeudalisierung“ ist ein typisches Spätzeitenphänomen, unausweichliche Folge eines Mechanismus, der bereits vor Jahrhunderten installiert wurde. Eurokrise, Bankenkrise, Schuldenkrise sind nicht Primärursachen, sondern bereits Sekundärereignisse. Sie haben die Krise nicht verursacht, allerdings drastisch beschleunigt. Fast alle von den Regierungen ergriffenen Maßnahmen, egal ob „Rettungsschirme“ oder „Rettungsflutungen“, haben stets eins gemeinsam: Sie vergrößern die Umverteilung von unten nach oben, von den Bevölkerungen an die Finanzoligarchen. Dilettantismus oder Methode?*



### Hilflosigkeit oder Realitätsverweigerung?



Die von vielen kritischen Wissenschaftlern seit Jahren prophezeite Krise ist eingetroffen<sup>[1]</sup>. Die Regierungen und Notenbanken reagieren eigenartig irrational. Anstatt sich bei denen Rat zu holen, die die Krise und ihre Ursache richtig prophezeit haben, suchen sie ausge-rechnet bei denen Rat, die sie verursacht haben und immer weiter verursachen, bei den Finanzoligarchen. Sie wollen immerzu Dinge, die nicht nur widersprüchlich, sondern unmöglich sind: Mit „Flutungen“,

1 U.a.: Helmut Creutz: Das Geldsyndrom (1993), Bernard Conolly: The Rotten Heart of Europe, The Dirty War of Europe's Money (1995). (Conolly war britischer EU-Beamter und wurde anschließend wegen unerlaubter Veröffentlichung von EU-Daten entlassen. 2005 sagte er in einem weiteren Buch die Italienkrise voraus). Georges Soros: Die Krise des modernen Kapitalismus (1998), Nouriel Roubini („Dr.Doom“)/ Brad Setzer: Bailouts or Bail-ins? Responding to Financial Crises in Emerging Economies (2004), Verf.: Geld oder Leben (2004), Max Otte: Der Crash kommt (2006), Vergl. ferner: Verf.: Aussagen zur Finanzkrise seit 1997. In: www.guenthermoewes.de

„Schirmen“ und „Hebeln“ Schulden überwinden, indem man noch mehr Schulden macht. Den wirtschaftlich strukturschwachen Süden aus der Krise führen, indem man ihn zum Sparen zwingt und Arbeitsplätze, Gehälter und Renten abbaut. Einerseits ein einiges Europa als größten „Global Player“ schaffen, andererseits aber keine „Transferunion“. An den Süden keinen „Soli“ zahlen, sondern die eigenen Goldreserven behalten und den anderen europäischen Ländern durch Lohndumping und Exportüberschüsse möglichst weiter genau die negativen Handelsbilanzen zufügen, mit denen man diese Goldreserven aufgebaut hat. Banken ungefragt und ohne „Referendum“ auf Kosten der Bevölkerungen „retten“, sich aber weiter „Demokratie“ nennen.

Zudem verspielt man die letzte Glaubwürdigkeit, indem man stets verspätet genau die Maßnahmen einleitet, die man zu Anfang strikt

abgelehnt hat. Irgendeine grundsätzliche, langfristige Strategie ist jedenfalls nicht in Sicht. Weder weiß man, wie die Krise dauerhaft zu bewältigen ist, noch, wie eine Wiederholung langfristig unterbunden werden kann. Ist diese Hilflosigkeit echt? Oder ist sie nur vorgetäuscht? Ist sie längst nur raffinierte Tarnung einer klammheimlichen Komplizenschaft mit den Reichen? In jedem Fall ist es eine Form von Realitätsverdrängung: Man will um keinen Preis die eigentliche Ursache wahrhaben.

Stattdessen werden von Ökonomie, Politik und Medien eine Fülle von vermeintlichen Ursachen aufgezählt, die sich bei näherem Hinsehen sämtlich bereits als sekundäre Folgeerscheinungen entpuppen:

- Die US-Subprime-Krise und deren betrügerische „Verbriefung“;
- die Unterkapitalisierung der Banken,
- die Aufhebung der gesetzlichen Trennung von Kredit- und Investmentbanken,
- die Lebensmittel- und Rohstoffspekulation, ja sogar
- die überbordende Staatsverschuldung.

Wer aber nur an den Sekundärphänomenen herumdoktert, schindet bestenfalls Zeit. Er macht das, was bisher immer gemacht wurde: Er schiebt die Lösung seinen Nachfolgern zu und macht sie so immer schwieriger. Er lässt die Sünden der Väter von den Kindern ausbaden.

Manche Maßnahmen verschärfen die Krise überdies noch: Weshalb werden grundsätzlich nicht die Verursacher in Haftung genommen, sondern stets nur die Mittel- und Unterschichten der Bevölkerung? Weshalb verstoßen die Konservativen plötzlich gegen ihr heiligstes Prinzip, gegen Schumpeters „schöpferische Zerstörung“, und retten die ohnehin viel zu vielen maroden Banken mit Steuergroschen oder kaufen marode Staatsanleihen durch die Zentralbank zurück?

Weshalb nimmt man sich nicht ein Beispiel an Argentinien und Schweden? Argentinien stellte 2001 seine Gläubiger vor die Alternative: 25% oder gar nichts. Die Befürchtungen, es werde sich damit künftig von allen Finanzquellen abschneiden, bewahrheiteten sich nicht. Dazu ist heute viel zu viel überschüssiges Kapital da, das nach Anlage sucht. Argentinien entschied, nicht die Bevölkerung in Haftung zu nehmen, sondern die Anleger, die ja das Risiko gewollt eingegangen waren. Das führte nicht nur zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung, sondern auch zur Wiederwahl und zum politischen Erfolg. Erfolgreich war auch der schwedische Weg, die Banken vorübergehend zu verstaatlichen und anschließend mit Gewinn wieder an Privat zu verkaufen. Stattdessen versucht Europa mit Hilfe des IWF in Griechenland und Italien ausgerechnet den Weg des Kaputtsparens zu gehen, den Weg des Reichskanzlers Brüning, der bereits zu Beginn der 30er Jahre in die Katastrophe führte. Gleichzeitig versuchen die fünf weltgrößten Notenbanken, mit Dollarflutungen den gegenteiligen Weg zu gehen. Allerdings bieten auch der argentinische und der schwedische Weg keine dauerhaften Lösungen. Sie beseitigen letztlich nicht die tatsächliche Ursache und schließen künftige neue Krisen nicht aus.

## Euro-Krise? Finanzkrise? Schuldenkrise?



Auch diese Begriffe treffen nicht den Kern und sollen wohl von der tatsächlichen Ursache ablenken. Gibt es eine „Euro-Krise“? Tatsächlich steht der Euro immer noch weit besser da als Dollar, Pfund oder Yen. Außerdem war es bisher eine beliebte Taktik insbesondere der USA und Chinas, den Kurswert der eigenen Währung absichtlich nach unten zu manipulieren, um die Exportchancen zu erhöhen. Warum soll das beim Euro mit einem Mal anders sein? Und die steigenden Anleihezinsen sind wohl eher Schuldenfolge als Euro-Eigenschaft. Gewiss, der Euro hat einige Zusatzprobleme, die Dollar, Pfund und Yen nicht haben: Staatsanleihen werden bisher nicht von Europa ausgegeben, sondern von den einzelnen Ländern. Die staatlichen Goldreserven bürgen nicht für die Schulden der schwachen Länder, sondern ausgerechnet jeweils nur für die der Reichen. Es gibt keine europäische Wirtschaftsregierung, die nationalen Leichtsinn verhindern könnte.

Gibt es eine „Finanzkrise“? Die privaten Nettogeldvermögen (= Geldvermögen nach Abzug der Schulden) beliefen sich 2010 allein in Deutschland auf 3,4 Billionen Euro, in den Eurostaaten auf knapp elf Billionen. Die 830 000 deutschen Millionäre, ziemlich exakt die berühmten 1% der Bevölkerung, besitzen genau die 2,2 Billionen Euro, die Bund, Länder und Gemeinden zusammen an Schulden haben. Weltweit werden die privaten Nettogeldvermögen nach einer Untersuchung von Credit-Suisse aufgrund (nicht trotz) der Krise allein in den nächsten fünf Jahren von 232 um weitere 49% auf 345 Billionen anwachsen<sup>[2]</sup>, d. h. um jährlich 8,3%.

<sup>2</sup> DER SPIEGEL 43/11, S. 89.



345 Billionen – das sind 345 000 Milliarden oder 345 000 000 Millionen. Das sind in der Geschichte noch nie erreichte Dimensionen. Nennt man so etwas „Finanzkrise“?



Fotos: © Jens Kemle / PIXELIO (Camp von Occupy Frankfurt vor der EZB)

Haben wir eine „Schuldenkrise“? Europa läuft Gefahr, Staatsanleihen nur noch zu hohen Zinsen zu bekommen. Tatsächlich haben insbesondere die Staatsschulden verheerende Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Staaten. Auch darauf wurde bereits seit Jahrzehnten eindringlich, wenn auch erfolglos hingewiesen. Gleichzeitig gibt es aber eine umfangreiche Literatur, die Schulden für unvermeidbar und unverzichtbar erklärt. „Ohne Schulden läuft nichts“, „Dabei ist unser ganzer Reichtum nur aus Schulden entstanden“, „Die Wohlstandsgewinne der Moderne wären ohne Erfindung des Kredits nicht möglich gewesen“, „Warum uns Sparsamkeit nicht reicher sondern ärmer macht“<sup>[3]</sup>.

Richtig ist: eine moderne Wirtschaft ist nicht ohne Schulden denkbar. Es kommt auf das richtige Verhältnis zur realen Wertschöpfung, zum Sozialprodukt an, was ja in den europäischen Defizitkriterien zum Ausdruck kommt.

3 Thomas Strobl: Ohne Schulden läuft nichts. Warum uns Sparsamkeit nicht reicher, sondern ärmer macht. München 2010.

Umgekehrt gibt es auch eine Fülle schuldenskeptischer Literatur: „Doch Kredit ist eine Wette auf eine bestimmte Zukunft. Wenn die so nicht eintritt, kommt es zur Krise“<sup>[4]</sup>.

Noch weiter geht der US-Anthropologe David Graeber. Er hat ein Buch geschrieben, das den schlichten Titel trägt „Debt. Die letzten 5000 Jahre“, über das die FAZ eine begeisterte Rezension geschrieben hat<sup>[5]</sup>. Danach entstanden „praktisch alle Aufstände, Umstürze und sozialen Revolutionen ... aus einer Situation der Überschuldung“. Man lässt anschreiben, überzieht sein Konto, konsumiert, was man noch nicht verdient hat. Kurzum: Man lebt über seine Verhältnisse, nicht nur finanziell, sondern auch ökologisch.

Hört sich logisch an. Aber ist das wirklich so? Sind wirklich die Schulden die Primäursache unserer heutigen Krise? Entstand etwa die sogenannte „Immobilienkrise“ in den USA, weil Arbeitslose, Arme und Alleinerziehende sich aus Leichtsinne, Jux und Tollerei plötzlich alle

4 Thomas Strobl: Ohne Schulden läuft nichts. Warum uns Sparsamkeit nicht reicher, sondern ärmer macht. München 2010.

5 David Graeber: Debt. The First 5000 Years. Melville House, New York 2011. Rezension von Frank Schirrmacher in: FAZ 13.11.11. Schirrmacher lobt aber auch die eher gegenteilige Position von Thomas Strobl (Anm. 3). Vergl. auch: Schirrmacher/Strobl (Hrsg): Die Zukunft des Kapitalismus, 2010.

ohne eigenes Geld Einfamilienhäuser kaufen wollten und sich dabei so hoffnungslos verschuldeten, dass sie dann mit ihren Hypothekenzinsen notgedrungen das Großkapital mästen mussten? Oder war es vielleicht doch umgekehrt: Das angesammelte Spekulationskapital hatte infolge der exponentiellen Renditezuwächse Größenordnungen erreicht, die von der Realwirtschaft nicht mehr ohne weiteres aufgenommen werden konnten. Es fand keine Anlagemöglichkeiten mehr und man musste sich welche ausdenken. Da kam bekanntlich Clinton auf die durchaus „sozial“ gemeinte Idee, mit diesen privaten Milliardenüberschüssen doch einfach Einfamilienhäuschen für die US-Armen zu bauen. Als Genossenschaftsbewegung hätte das vermutlich funktioniert. Banken sind aber nun einmal da, um Renditen für ihre Anleger zu erwirtschaften. Als man endlich merkte, dass die bei den arbeitslosen Käufern nicht zu holen waren, dachte man sich die Geschichte mit der „Verbriefung“ aus, drehte die faulen Papiere u. a. deutschen Landesbanken an und die finanzierten ihren Kauf wiederum mit neuen Krediten, die man dann für weniger faul hielt. Dennoch gilt in jedem Fall: Primärer Auslöser war nicht die Verschuldung, sondern das angesammelte Kapital.

### Primäursache: Der dramatische Anstieg der privaten Milliardenvermögen

„Gesamtwirtschaftlich ist nun einmal die Summe allen Vermögens immer die Summe aller Verbindlichkeiten.“<sup>[6]</sup> Die Staats-

6 Heinz-J. Bontrup: Zur neoliberalen Mainstream-Ökonomie und ihrem kläglichen Versagen vor und in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Vorwort zu: Philippe Askenazy, André Orléan, Henri Sterdyniak, Thomas Coutrot: Empörte Ökonomen, Bergkamen 2011, ISBN 3-88515-237-1, S. 20. Zum Verhältnis von Gesamtvermögen und Gesamtschulden siehe auch Helmut Creutz und Verf. (Fußnote [1]).

schulden steigen stets im gleichen Tempo, indem der Staat das Anwachsen der privaten Geldvermögen zulässt. Zum einen, weil alles angesammelte Geldvermögen wieder angelegt, als Kredit ausgegeben wird, auf diese Weise stets neue Schulden erzeugt und den Zinseszinsseffekt erst möglich macht.

Zum anderen, weil die privat angehäuften Milliardenberge dann auf der anderen Seite fehlen: bei öffentlicher Hand, Arbeitsseite, Altersvorsorge und Eigenkapital der Banken<sup>[7]</sup>. Der Kuchen kann nur einmal verteilt werden. Alles Wachstum von Reichtum, das das BIP-Wachstum übersteigt, erzeugt stets symmetrisch Armut auf der anderen Seite. Das ist der Ur-Mechanismus des Kapitalismus in seiner westlichen Spätform, die Hauptursache der nie versiegenden, lautlosen Umverteilung von unten nach oben. Es ist der ewige Verteilungskampf zwischen Arbeitsseite und Kapitalseite, zwischen den 99% Bevölkerung und den 1% Superreichen, zwischen erarbeiteter Wertschöpfung und leistungsloser Abschöpfung, zwischen Arbeitenden und Finanzmärkten, zwischen öffentlich und privat, Süd und Nord.

Völlig unsinnig ist die oft sogar von vermeintlich Linken gehörte Behauptung, die Staatsschulden seien nicht so schlimm, weil ihnen ja private Großvermögen in der gleichen Höhe gegenüberstünden. Im Gegenteil: die Staatsschulden sind gerade deshalb so schlimm, weil sie nicht nur durch die privaten Billionenvermögen immer weiter in die Höhe getrieben werden, sondern diese dann mit ihren Zinsen ihrerseits noch weiter in die Höhe treiben.

7 Verf.: Alle Schulden sind Reichenbedienung. In: Humonde 2/05, Nürnberg. Amos 1/05, S. 20, Marl. Denkkzettel 9/04, Erfurt, S. 14.

Aber auch die vermeintlichen „Schuldenkrisen“ fallen ja nicht vom Himmel. „Flutungen“, „Rettungsschirme“ und Anleihekäufe sind ja alles bereits Reaktionen auf Krisen. Und diese Krisen wurden alle primär durch die immer aberwitzigeren privaten Anhäufungen von Großkapital verursacht. Dabei bedurfte es gar nicht einmal all der flugs erfundenen neuen „Finanzprodukte“ und dem Ackermann'schen 25%-Versprechen. Schon der gute alte Zinseszins führte zu aberwitzigen Verdoppelungsraten, vor allem durch den sogenannten „Zins im Preis“. Der addiert sich über die einzelnen Produktionsstufen, weil alle Produktionsstätten nur mit Krediten gebaut werden können, deren Zinsen dann über die Preise weitergewälzt werden. Am Ende stecken im Energiepreis die Zinsen für den Bau der Förderstätten, Erzbergwerke, Stahlwerke, Röhrenwerke, Verlegefirmen und Stadtwerke. Das macht allein im Gas- und Strompreis bis zu 70% Zinsen aus<sup>[8]</sup>. Und wo landen die dann? Natürlich bei den Anlegern, insbesondere beim Großkapital. Auch der sogenannte Mittelstand ist Zinsverlierer. Er zahlt über den Zins im Preis weit mehr an die reicheren Kapitalanleger, als er über seine eigenen Anlagen und Sparguthaben wieder hereinbekommt. Die gewaltige Umverteilungsdynamik, die in diesem exponentiellen Vorgang steckt, führt am Ende aus purer Mathematik unausweichlich in den Crash.

Die heutige Krise ist also bei näherem Hinsehen keine Schuldenkrise sondern eine Krise der primären privaten Zockerbillionen, eine Verteilungskrise. Egon Bahr war einer der ersten namhaften Politiker, der schon in den neun-

8 Helmut Creutz: Bauen, Wohnen, Mieten. Northeim 1990.

ziger Jahren warnte: „Zwei Billionen Dollar jagen täglich um den Globus auf der Suche nach Anlage“. Heute beläuft sich allein der Derivatehandel weltweit auf 600 Billionen Dollar, während der Umsatz der gesamten Realwirtschaft weltweit gerade einmal 60 Billionen Dollar beträgt. Dimension und Beschleunigung des Anwachsens dieser privaten Geldvermögensüberschüsse sind bisher überhaupt noch nicht begriffen worden. In einem Zehnsäulendiagramm des DIW zur Vermögensverteilung ist die reichste Säule mit durchschnittlich 600 000 Euro Vermögen gerade einmal 6 Zentimeter hoch. Im gleichen Maßstab und bei gleicher Definition wäre dort das Vermögen des reichsten Deutschen, des gerade verstorbenen Theo Albrecht 2,07 Kilometer (!) hoch<sup>[9]</sup>. Sechs Zentimeter gegen 20 Kilometer – das ist das Ausmaß der Ungleichverteilung. Hinzukommt ihre Beschleunigung: Verdoppelten sich diese Vermögen vor der Krise bei einem jährlichen Anstieg von netto 3,5% noch alle 20 Jahre, so verdoppeln sich heute die bereits oben erwähnten weltweiten 232 Billionen Dollar bei jährlich 8,3% bereits alle neun Jahre.

Aber ist es nicht unerheblich, ob nun die Schulden die Geldvermögen erzeugen oder umgekehrt die Vermögen die Schulden? Ist es nicht die berühmte Frage nach Henne oder Ei? Keineswegs. Wenn die Politik heute keinen Weg weiß, wie die Krise dauerhaft überwunden und eine Wiederholung ausgeschlossen werden kann, so u. a. deshalb, weil sie hier dauernd Ursache und Wirkung verwechselt. Ein Beispiel dafür ist die Konstruk-

9 Ausf.: Verf.: Die Milliardenvermögen sind das Problem. Und deren Übervermehrung ist die eigentliche Ursache der Finanzkrise. In: Humanwirtschaft 3/09, Nürnberg.

tion der „gesetzlichen Schuldenbremse“, einer der verheerendsten Irrtümer heutiger Politik. Sie glaubt, die Krise in den Griff zu bekommen, indem sie die Staatsschulden gesetzlich begrenzt, die auslösenden privaten Geldvermögen der Superreichen aber ungebremst exponentiell weiter wachsen lässt. Solange aber der Anstieg der gesamten Vermögen nicht gebremst wird, steigen die gesamten Schulden von Staat, Unternehmen und Haushalten zusammen im gleichen Tempo symmetrisch weiter an. Per „Schuldenbremse“ einseitig allein den Anstieg der Staatsschulden anzuhalten, und nicht auch den der privaten Geldvermögen, heißt nur, die Staatsschulden intern auf Unternehmen und Haushalte umzuwälzen. Mehr nicht. An der Langzeitperspektive, an dem Anstieg der Ungleichverteilung zwischen den immer Reichereren und den immer Ärmeren ändert es überhaupt nichts. Die „Flickschusterei“ des jetzigen Finanzministers, sich 2011 vor Inkrafttreten der gesetzlichen Schuldenbremse noch schnell den letzten kleinen Schluck „Erhöhung der Neuverschuldung“ zu gönnen, fügt sich hier nahtlos ein. Alle Staatsschulden wachsen stets in dem Tempo, in dem der Staat das Anwachsen der privaten Geldvermögen zulässt. Oder umgekehrt: In dem Ausmaß, in dem der Staat sich Neuverschuldung genehmigt, mästet er die privaten Zockervermögen<sup>[10]</sup>, die dann Südeuropa unter Druck setzen.

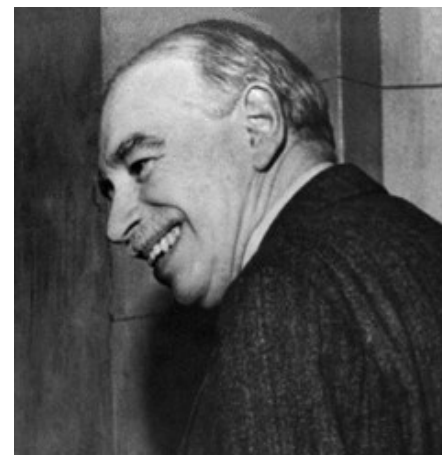
Weshalb will die Politik diese Primärursache um keinen Preis wahrhaben? Zwar wird das immer schnellere Auseinanderdriften von Arm und Reich inzwischen kaum noch bestritten. Mit der Literatur darüber kann man ganze Regale füllen. Jeder Zusammenhang dieser ga-

loppierenden Umverteilung mit der heutigen Finanzkrise wird aber beharrlich geleugnet, und das, obwohl ohne die angesammelten Zockerbillionen die Finanzkrise mangels Masse gar nicht hätte stattfinden können. Stehen Politik, Medien und Mainstream-Ökonomie innerlich längst auf der Seite der Kapitalanleger, statt auf der ihrer Bevölkerungen? Handelt es sich längst um eine klammheimliche Komplizenschaft mit den Superreichen dieser Welt? Ist der Dilettantismus nur vorge-täuscht oder ist er Methode?

### Wer hat versagt? Politik oder Ökonomie?

Am besten werden die Verantwortlichkeiten deutlich, wenn man einfach die geschichtliche Entwicklung beschreibt, die in die heutige Krise geführt hat: In den 60er bis 80er Jahren ging es den Industriestaaten relativ gut. Keynes hatte ein Steuerungsinstrument erfunden, mit dem die üblichen Kapitalismuskrisen verhindert oder gedämpft werden konnten: In Boom-Zeiten sparte der Staat Kapital an, um es in Zeiten der Rezession als „Deficit-Spending“ wieder in die Wirtschaft zu pumpen. Das bremste zwar kaum die laufende Umverteilung von unten nach oben, hielt aber eine Zeitlang die Wirtschaft am Laufen. Irgendwann begannen die Staaten jedoch nur noch das „Deficit-Spending“ zu üben und vergaßen das Anhäufen in Boom-Zeiten. Zum einen, weil man dann noch mehr Wahlversprechen erfüllen konnte, zum anderen, weil das anzuhäufende Geld ja sowieso schon bei den Reichen war.

Als das Keynes'sche System deshalb nicht mehr funktionierte, schob man die Schuld daran nicht etwa den Regierungen zu, sondern seinem Erfinder. Der war den Konservativen schon immer ein Dorn im Auge. Sie behaupteten, die



John Maynard Keynes (gemeinfrei, Wikipedia)

Keynes'sche Theorie habe nie funktioniert und zauberten flugs eine neue Theorie aus dem Hut, den später so genannten „Neoliberalismus“ der „Chicago Boys“ um Milton Friedman. Der fußte allerdings nicht so sehr auf empirischen Beobachtungen oder realer Mathematik, sondern vor allem auf bloßen ideologischen Setzungen. Die Ökonomie hatte ja stets einen Zug ins Religiöse<sup>[11]</sup>. Vor allem gefiel den Konservativen nicht, dass Wertschöpfung nun einmal nur durch den Faktor Arbeit erfolgen und durch den Faktor Kapital bestenfalls beschleunigt werden kann. Sie wollten um jeden Preis den Faktor Kapital aufwerten. Er sollte gleichberechtigt neben dem Faktor Arbeit stehen und ebenfalls Wertschöpfung erzeugen können und nicht bloß Mehrwert und Abschöpfung. So wurden „Grenznutzentheorie“, „Shareholder-Value“ und die „Trickle-Down-Theorie“ erfunden. Der größte Wohlstand entstehe, wenn der Staat die Märkte und Reichen ungehindert agieren lasse. Je reicher die Reichen würden, desto mehr werde auch für die Armen „herabtropfen“. Alles pure Kapitalhörigkeit, vorausseilender Gehorsam gegenüber den Oligarchen. Die unausweichliche Crash-Mathematik des Exponentiellen wurde einfach ausgeblendet.

<sup>10</sup> Verf.: Alle Schulden sind Reichenbedienung. In: Humonde 2/05, Nürnberg. Amos 1/05, S. 20, Marl. Denktzettel 9/04, Erfurt, S. 14.

<sup>11</sup> Zum Religionscharakter der Ökonomie vergl.: Joseph Vogl: Das Gespenst des Kapitalismus, Zürich 2010.

Diese gewaltige Umverteilungsdynamik führt stets am Ende in den Crash. Und zuvor in die extreme soziale Ungleichverteilung, in die Reichenherrschaft, die „Plutokratie“, zu den „policy-making billionaires“ (New York Times, 5. 12. 2011, S. 1), den politisierenden Milliardären. Sofern sie nicht durch Kriege zurückgeworfen oder durch eine energische Gegenpolitik der Staaten gebändigt

wird. So war es immer in der Geschichte: im alten Rom, im Absolutismus, im Kolonialismus und im Kapitalismus<sup>[12]</sup>. Stets war Macht mit leistungsloser Abschöpfung von der Wert-

schöpfung verbunden und stets versuchte der konservative Zeitgeist diese Abschöpfung mit allerlei Glaubensweisheiten zu legitimieren. Geändert haben sich nur die Legitimationsvorwände: Was früher Sklavenstaat, Lehnsherrschaft und Gottesgnadentum waren, sind heute die „Gesetzmäßigkeiten der Finanzmärkte“. Was früher die Kirchtürme waren, sind heute die Bankentürme. Man errichtete Phallussymbole in der Mitte der Städte und forderte den Kotau der Politik. Was in Rom die Überdehnung des Imperiums war, ist heute die Überdehnung der privaten Billionengebirge. Irgendwann erreichen die verliehenen Billionen derartige Ausmaße, dass die Verleiher zu zweifeln beginnen, ob sie ihr Geld jemals wiederbekommen. Auch so entsteht eine Überschusskrise. Tatsächlich zeigt gerade der Meinungsstreit über die Wege aus der Krise, wie weit die Ökonomie noch von einer schlüssigen Wissenschaft entfernt ist. So viel zu Schuld der Ökonomie.

<sup>12</sup> Vergl. Verf.: Macht und Gegenmacht In: Geld oder Leben, Wien, München 2004, S.228.

Den Kotau vor den Bankentürmen vollzog die gegenwärtige Politik jedoch in vorseilendem Gehorsam und von sich aus. Nur allzu willig erfüllte sie die Forderung der Marktliberalen nach weniger Staat und entmannte sich selber. Man glaubte sich von der Beratung durch sogenannte „Experten“ abhängig. Dass die Banken zwangsläufig das Kapitalinteresse vertraten, übersah

Diese gewaltige Umverteilungsdynamik führt stets am Ende in den Crash. Und zuvor in die extreme soziale Ungleichverteilung, in die Reichenherrschaft, die „Plutokratie“.

man oder begrüßte es gar. Da man die eigene Verwaltung für ineffizient hielt, erfand man das Zauberwort „Privatisierung“. Man fühlte sich immer weniger für klassische Staatsaufgaben verantwortlich, wie Verkehr oder Altersversorgung und gab die Bevölkerung zur privaten Abzocke durch Unternehmen, Versicherungen, Gesundheits- und Finanzindustrie frei. Tatsächlich können wettbewerbsorientierte Privatunternehmen durchaus effizienter sein als staatliche. Sie bedürfen allerdings immer der intensiven staatlichen Kontrolle. Schließlich werden nicht die Privatunternehmen aufwendig gewählt, um den Bevölkerungswillen durchzusetzen, sondern die Vertreter des Staates. Man vernachlässigte jedoch nicht nur die Kontrolle der Finanzindustrie, sondern auch die von Lebensmittel-, Chemie-, Agrar- und Pharmaindustrie. Soviel zur Schuld der Politik.

Man ließ eine Atmosphäre entstehen, in der die leistungslose Aneignung und Abschöpfung zum Erfolgskriterium hochstilisiert wurde.

Erfolgreich war, wer sich leistungslos möglichst viel von dem aneignete, was andere mühsam erarbeitet hatten. Indem man die Krise mit den vermeintlichen Erfolgskriterien zu bekämpfen suchte, durch die sie überhaupt erst erzeugt worden war, wurden diese nun zu Kriterien des Niedergangs. Dieser Niedergang wird, wie immer in der Geschichte, solchen Staaten zum Aufstieg verhelfen, die sich noch nicht von den privaten Überschüssen in die Staatsverschuldung haben treiben lassen, und bei denen die Ungleichverteilung noch ab- statt zunimmt: China, Indien, Brasilien. China führt vor, wie man die hochgerüsteten USA auch ohne eigene Flugzeugträger bezwingen kann, einfach, indem man sie an der Überdehnung ihrer Konsumgewohnheiten, ihrer Rüstung und ihrer Privatbillionen und staatlichen Schuldenbillionen ersticken lässt. Und die USA, insbesondere die Republikaner, begegnen dem mit der gleichen Haltung wie gegenüber internationalen Klimaabkommen: Nach uns die Sintflut. Allerdings droht auch der Erfolg Chinas nur kurzfristig zu bleiben, wenn es mit seinen eigenen Oligarchen bereits die westliche Fehlentwicklung nachahmt.

### Gibt es einen Ausweg?



Am 6. 12. 2011 berichtete die Presse über eine Studie der OECD über die Einkommensverteilung. Danach ist die Einkommensschere in Deutschland derzeit noch deutlich geringer als in den meisten der 34 OECD-Länder. In den USA ist sie um ein Drittel höher, in den westeuropäischen Ländern meist um ein Sechstel. Am höchsten ist sie in Mexiko, was meine These belegt, dass von einer bestimmten Ungleichverteilung an der Staat an die Mafia fällt<sup>[13]</sup>. Am geringsten ist sie in Skandinavien. In Deutschland steigt sie dafür aber

<sup>13</sup> Vergl. Verf.: Macht und Gegenmacht In: Geld oder Leben, Wien, München 2004, S.228.

bei weitem stärker an als in den übrigen westlichen OECD-Ländern. Nur in den vier skandinavischen Ländern steigt sie noch stärker an, erreicht aber noch nicht das deutsche Niveau. Geringer geworden ist sie nur in der Türkei (wenn auch auf weit höherem Niveau) und in Frankreich, wo sie ohnehin schon etwas geringer ist als in Deutschland. Die Studie kritisiert denn auch: „Zunehmende Ungleichheit schwächt die Wirtschaftskraft eines Landes, sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt und schafft politische Instabilität – aber sie ist nicht unausweichlich.“ Weniger schönrednerisch müsste es heißen: „Zunehmende Ungleichheit löst Finanz- und Wirtschaftskrisen aus und führt unausweichlich in den Niedergang.“

Die Studie ist allerdings insofern wenig aussagefähig, als das eigentliche Maß für die Ungleichverteilung nicht die Einkommen sind, sondern die Vermögen. Außerdem gibt sie als Ursachen vor allem die Zunahme von Teilzeitarbeit und die unterschiedliche Ersetzbarkeit Gering- und Hochqualifizierter an. Tatsächlich ist die Ursache jedoch auch hier in erster Linie die Spreizung zwischen Arbeits- und leistungslosen Kapitaleinkommen, zwischen Wertschöpfung und Abschöpfung. Ein Vermögensloser kann in seinem ganzen Leben niemals ein Milliardenvermögen durch wirklich gesellschaftsdienliche Arbeit erwirtschaften, sondern nur durch Mehrwert- oder Kapitaleinkommen. Auch bei Abbau der Einkommensunterschiede kann deshalb die Vermögensungleichheit dramatisch weiter ansteigen. Die Studie zeigt es in der Türkei und Griechenland.

Das Fazit aus diesen Überlegungen ist eindeutig: Ohne Zurückfahren der dramatischen Ungleichverteilung kein Ausweg aus der Krise. Ohne Zurückfahren der gigantischen

Überschüsse von privatem Zockerkapital wird der Reichtum der Superreichen trotz aller Schuldenbremsen ständig selbsttätig weiter wachsen und die Armut der Arbeitenden und der öffentlichen Hand immer weiter vergrößern. Wenn es nicht gelingt, die Zockerbillionen wenigstens teilweise und sukzessiv wieder in die Realwirtschaft zurückzuführen, ist der Niedergang des Westens über kurz oder lang nicht mehr aufzuhalten. Von wegen „Stabilitätsunion“! Die Umverteilung von unten nach oben nur zu stoppen, würde ja bloß den Status quo erhalten.

© Kurt F. Domnik / PIXELIO



Nach diesen Überlegungen lassen sich die möglichen und bereits ergriffenen politischen Maßnahmen verhältnismäßig einfach beurteilen. Drehen wir den Spieß einfach einmal um und entwerfen ein „Rating“, das sich nicht an den Kapitalinteressen, sondern an den Bevölkerungsinteressen orientiert:

<b>AAA</b>	<b>Ungleichverteilung wird weitestmöglich reduziert, Niedergang überwunden.</b>
<b>AA+</b>	<b>Anwachsen der Ungleichverteilung wird gestoppt, Status quo erhalten.</b>
<b>AA-</b>	<b>Anwachsen der Ungleichverteilung wird nur gebremst, Niedergang verlangsamt.</b>
<b>BB+</b>	<b>Anwachsen von Ungleichverteilung und Niedergangstempo bleiben gleich.</b>
<b>C</b>	<b>Anwachsen der Ungleichverteilung und Niedergang werden noch beschleunigt.</b>

Zwischen diesen Stufen lassen sich die üblichen Zwischenstufen denken. Die derzeit theoretisch oder praktisch zu Gebote stehenden Maßnahmen lassen sich dann etwa wie folgt einordnen:

<b>AAA</b>	<b>Rückverteilung der Milliardenvermögen per einmaliger Vermögensabgabe</b>
<b>AA+</b>	<b>100% zinsloses „fließendes Geld“</b>
<b>AA</b>	<b>Sukzessive Rückverteilung durch gleichbleibende Substanzsteuern</b>
<b>AA-</b>	<b>Degressive Substanzsteuern, vor allem auf leistungslos erworbene Vermögen</b>
<b>BB+</b>	<b>„Regiogeld“, Bankenregulierung, Währungsschnitt, Reichensteuer, Transaktionssteuern, Verbot bestimmter Finanzprodukte und der Lebensmittelspekulation</b>
<b>C</b>	<b>Rettungsschirme, Geldflutungen, Inflation, Ankauf maroder Staatsanleihen</b>

Die ersten drei „schnellen Lösungen“ dürften politisch kaum noch durchsetzbar sein. Dafür ist es zu spät. Auch die nächsten beiden erscheinen schwer durchsetzbar. Aber wenn wir uns nur noch zu denken erlauben, was noch durchsetzbar erscheint, ist der Niedergang sowieso nicht mehr aufzuhalten. Es gilt, Politik und Bevölkerung gedanklich auch an andere Möglichkeiten zu gewöhnen.

Im Einzelnen: Die Rückverteilung an die Bevölkerungen brauchte ja nicht total und auf einen Schlag zu erfolgen. Es ließe sich ein Maß der verbleibenden Ungleichverteilung festlegen (z. B. durch einen bestimmten anzustrebenden Gini-Koeffizienten<sup>[14]</sup>), das ausreichend leistungs-

<sup>14</sup> Gini-Koeffizient = Maß für Ungleichheit: Null = totale Gleichheit, 1 = totale Ungleichheit (der Reichste hat alles, die anderen Nichts).

fördernd bleibt und dennoch sozial vertretbar ist. Degressive Substanzsteuern wurden von Binswanger vorgeschlagen und von mir an anderer Stelle mit Rechenbeispielen versehen<sup>[45]</sup>. Degressiv heißt, dass der Steuersatz über größere Zeiträume kontinuierlich bis auf null sinkt. Ein festzulegender Mindestbehalt des Vermögens (z. B. 50%) bleibt also auf jeden Fall unangetastet. Die Verkäufer oder Erben von einer Milliarde müssten dann z. B. nach 20 Jahren nur noch mit 500 Millionen auskommen. Dieser Mindestbehalt könnte variiert werden, je nachdem, wie groß der eigene, gesellschaftsdienliche Arbeitsanteil am Erwerb dieser Vermögen war. Betriebsvermögen würden wie bisher erst nach Veräußerung besteuert.

„Fließendes Geld“, „Regiogeld“, also mit einer Rückhaltegebühr belegtes Geld, hat einen positiven Einfluss auf Geldumlauf, Wirtschaftskreislauf und Beschäftigung. Den Anstieg der Ungleichverteilung würde es allerdings nur bei einer schlagartigen Einführung und sofortigen Wirksamkeit stoppen. Das wird aber nicht einmal von seinen Vorkämpfern erwartet. Die Frage ist deshalb, ob damit der Niedergang definitiv überwunden oder nur verlangsamt werden kann. Sein positiver Einfluss wäre bei einer Einführung zu Zeiten Gesells zweifellos bedeutend größer gewesen. Nullzinsphasen haben überdies gezeigt, dass das große Kapital dann in andere Vermögensformen flüchtet. Umgekehrt hat das Beispiel Wörgl vor Augen geführt, dass fließendes Geld in historischen und

persönlichen Notsituationen eine rettende Wirkung entfalten kann, wenn es nicht staatlich verboten wird. Das eigentliche Verdienst der „Freiwirtschaft“ liegt in ihren Analysen und mathematisch fundierten Vorhersagen, bei denen die Mainstream-Ökonomie ja völlig versagt hat. Hier sollte man eigentlich eine offenere, experimentierfreudigere Haltung der Politik erwarten.

Ein Währungsschnitt hat den Vorteil, dass er zumindest teilweise auch die Geldvermögen der Reichen trifft, während sie vor der Inflation in Fremdwährungen oder Sachwerte flüchten können. Die Währungsreform von 1949 wurde ja wider besseres Wissen als gleichmacherischer Neustart ausgegeben. In Wirklichkeit hat sie die großen, teilweise im Dritten Reich erworbenen Sachvermögen der Krupps, Quandts,


„Fließendes Geld“, „Regiogeld“, also mit einer Rückhaltegebühr belegtes Geld, hat einen positiven Einfluss auf Geldumlauf, Wirtschaftskreislauf und Beschäftigung.

Flicks und Oetkers eins zu eins erhalten, die ersparten Geldvermögen der Bevölkerungsmehrheit aber bis auf 40 DM und einen Rest von 10% vernichtet<sup>[46]</sup>. Auch neue Geldschöpfung wäre grundsätzlich richtig, wenn sichergestellt würde, dass sie nicht wieder auf den privaten Konten des Großkapitals landet, sondern in die Realwirtschaft flösse, dort die Massenkaufkraft erhöhte oder innerhalb oder außerhalb Europas naturverträglichen Strukturverbesserungen und den Arbeits-

tenden und wirklich Bedürftigen zugutekäme. Sie würde dann auch kaum die Inflationsgefahr erhöhen.

### Fassen wir zusammen:



Die Schuldenberge entstehen nicht trotz, sondern wegen der privaten Vermögensberge<sup>[47]</sup>. Nicht nur die Staatsschulden müssen in ein angemessenes Verhältnis zum Sozialprodukt gebracht werden, sondern auch die privaten Milliardenvermögen. Nicht nur die staatlichen Defizite müssen durch Kriterien begrenzt werden, sondern auch die privaten Überschüsse. Nicht nur die Geldschöpfung muss mit der Wertschöpfung synchronisiert werden, sondern auch die leistungslose Abschöpfung. Das kann nicht auf einen Schlag geschehen, sondern muss über Jahrzehnte hinaus unabweisbares Ziel der Politik bleiben. Es gilt ein für allemal: Über das Sozialprodukt hinaus können die Reichen nicht noch reicher gemacht werden, ohne die Armen noch ärmer zu machen. Das gilt sowohl national als auch global. Wenn dem Westen nicht der sukzessive Zugriff auf die fahrlässig zugelassenen privaten Mega-Überschüsse gelingt, ist sein Abstieg unausweichlich. 

#### Zum Autor

Prof. Günther Moewes



Er vertrat bis 2000 an der FH Dortmund das Forschungsgebiet "Industrialisierung des Bauens" und sagte die Finanzkrise seit 1997 voraus. Ihre Ursache sieht er vor allem in der exponentiellen Überentwicklung der privaten Großvermögen und den daraus resultierenden öffentlichen Schulden.

Bücher: „Weder Hütten noch Paläste“ (1995) und „Geld oder Leben“ (2004).

[www.guenthermoewes.de](http://www.guenthermoewes.de)

15 Ausf. In: Verf.: Was die da oben nicht begreifen. Und warum eine Umkehrung des Zinseszins auch sehr wirksam wäre. In: Humanwirtschaft, 2/09, S. 34 – 39.

16 Vergl.: Wohlstand für alle? Vermögensbildung in Deutschland. DER SPIEGEL, Titelgeschichte 31/69. Der Beitrag ist nach wie vor unübertroffen.

17 Vergl. Verf.: Geld oder Leben, Wien, München 2004, S. 25.